



DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abg. Mario Gerber, Mag. Michael Mingler ua.

betreffend **Einheitlicher Rahmen für Reisen in der Europäischen Union**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag spricht sich dafür aus, dass für das Gebiet der Europäischen Union unter Einbindung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und des Fürstentum Liechtenstein ein einheitlicher Rahmen für Reisen umgesetzt wird, um sicherzustellen, dass coronabedingte Reisebeschränkungen nach einheitlichen, transparenten und nachvollziehbaren Kriterien koordiniert erfolgen und klar kommuniziert werden.

Der Tiroler Landtag fordert die Bundesregierung daher auf, sich auf Europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass nach Maßgabe des Vorschlages der Europäischen Kommission vom 4. September 2020 gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte als Grundlage für Entscheidungen über die Einführung von Reisebeschränkungen sowie gemeinsame Maßnahmen für Reisende aus Risikogebieten erarbeitet werden und eine klare und rechtzeitige Information der Öffentlichkeit erfolgt.

Der Tiroler Landtag spricht sich zudem dafür aus, im Sinne eines vereinten Europas innerhalb der EU möglichst zurückhaltend mit dem Instrument von coronabedingten Reisebeschränkungen sowie Reisewarnungen umzugehen.

Schließlich fordert der Tiroler Landtag sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung auf, Covid-Präventionsmaßnahmen in touristischen Branchen (Gastronomie, Hotellerie, Seilbahnwirtschaft,...) eng mit den Nachbarländern abzustimmen und so weit wie möglich zu harmonisieren, um Vergleichbarkeit in Hinblick auf gesundheitliche Risiken zu schaffen und dadurch Reisewarnungen obsolet zu machen.“

Für den Fall der Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge dieser Antrag dem Ausschuss für Föderalismus und Europäische Integration sowie dem Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung:

Das Auftreten des neuartigen Coronavirus hatte für die Europäische Union im Bereich der Freizügigkeit massive Einschnitte zur Folge. So kam es zur Wiedereinführung von Kontrollen an den EU-Binnengrenzen und vor allem zu unterschiedlichen Beurteilungen der Gefahrenlage der einzelnen Mitgliedsstaaten, die auch unterschiedliche Einschränkungen der Freizügigkeit zur Folge hatten.

In den letzten Wochen haben die Covid-Zahlen europaweit wieder zugenommen. Die einzelnen Nationalstaaten haben zwar auf eine Schließung der nationalen Grenzen bisher verzichtet, stattdessen werden aber nunmehr von den einzelnen Staaten Reisewarnungen ausgesprochen und unterschiedlichste Maßnahmen an diese Reisewarnungen geknüpft. Für Tirol stellt etwa die Reisewarnung aus Deutschland angesichts der bevorstehenden Wintersaison ein riesiges wirtschaftliches Problem dar. Ebenso stellt die Reisewarnung aus Deutschland angesichts der hohen Anzahl in Tirol lebender deutscher StaatsbürgerInnen in Hinblick auf Besuche bei Freunden und Verwandten ein massives gesellschaftliches Problem dar.

Dass weder die Schließung von nationalen Grenzen noch Reisewarnungen den Virus aufhalten kann, aber europaweit aufgrund der Vernetztheit der europäischen Wirtschaft nicht abschätzbaren Wirtschaftlichen Schaden anrichtet, wird sowohl von Mediziner als auch Ökonomen europaweit bestätigt.

Aus diesem Grunde braucht es hier rasch ein europaweites, einheitliches, transparentes und nachvollziehbares System, das nicht nur auf Infektionszahlen und Einwohnerwerte abstellt, sondern auch andere Kriterien wie etwa tatsächlich aufhältige Personen, Gesundheitssystem, Möglichkeiten der Freitestung etc. mitberücksichtigt.

Bereits am 13. Mai hat die Kommission eine stufenweise und koordinierte Wiederherstellung der Freizügigkeit und Aufhebung der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen vorgeschlagen. In vielen Mitgliedstaaten gelten jedoch nach wie vor Reisebeschränkungen. Die Kommission hat daher am 4. September einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates angenommen, um sicherzustellen, dass coronabedingte Reisebeschränkungen auf EU-Ebene koordiniert und klar kommuniziert werden.

Wie auch die mediale Berichterstattung zeigt, herrscht nach wie vor Unsicherheit über bestehende Beschränkungen und erforderliche Maßnahmen nach der Rückkehr aus einem Risikogebiet.

Ziel muss es daher sein, für alle Bürger der Europäischen Union unter Einbindung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und des Fürstentum Liechtenstein einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, und dafür Sorge zu tragen, dass Reisebeschränkungen und Maßnahmen nach einheitlichen, transparenten und nachvollziehbaren Kriterien koordiniert erfolgen und klar kommuniziert werden. Ebenso muss in diesem Sinne Ziel sein, innerhalb der EU möglichst zurückhaltend mit dem Instrument von coronabedingten Reisebeschränkungen sowie Reisewarnungen umzugehen.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der aktuellen Entwicklung und der bevorstehenden Wintersaison.

Innsbruck, 5. Oktober 2020

Celi

Streichen

Edl. Rossmann

St. ...

St. ...

St. ...